Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 467.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.50 M., kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtaufl. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Jlegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 8. Fernsprech-Anschluß: Lützow 4671.

Nr. 94. Sonnabend, den 21. Februar. 1914.

Das Wichtigste.

* **Die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 wird am 6. Mai vormittags ½12 Uhr durch den König von Sachsen eröffnet werden. Der König nimmt hierauf an einem Frühstück und einem Rundgang durch die Ausstellung teil.**

* Der Reichstag beendete am Freitag die allgemeine Aussprache über den Marineetat und trat in die Spezialberatung ein. (S. Art. und Ber.)

* In Baden-Baden fand am Freitag die Beisetzung der Prinzessin Wilhelm von Baden statt. (S. bes. Art.)

* Kardinal Dr. Kopp ist in Troppau plötzlich erkrankt.

Bei der gestrigen Reichstagsstichwahl in Jerichow erhielt Rittergutsbesitzer Schiele-Scholtene (Kons.) 16 625, Expedient Haupt-Magdeburg (Soz.) 15 259 Stimmen. (S. Letzte Dep.)

* Bei einer furchtbaren Explosion in Ardeer bei Glasgow wurden sieben Personen getötet und eine Anzahl verletzt. (S. Nachr. v. Tage.)

Im Kampfe für die Sittlichkeit.

⊙ **Berlin**, 19. Februar.

Es soll in deutschen Landen etwas für die Sittlichkeit getan werden. Daß solchem Unterfangen es an Anlaß fehlte, wird kein sorgender Beobachter unseres Volkslebens behaupten dürfen. Freilich liegt das Uebel kaum da, wo in den letzten Tagen im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause unterschiedliche es gesucht haben. Am allerwenigsten kann man, wie der neuerdings mehrfach erwähnte Herr von Lardoff, den Beweis für die Verderbtheit Berlins schon in einer Handvoll unsauberer Postkarten sehen. Der Artikel gedeiht allerorten. Man muß doch ein wenig tiefer schürfen und muß dabei auch zu unterscheiden wissen. Nicht alles, was wir selber vom Standpunkt unseres verfeinerten Geschmacks, unserer gereiften persönlichen Kultur als unzüchtig empfinden, braucht es das schon für andere zu sein. Alle Dinge hier unter dem wechselnden Mond sind wandelbar; auch die Sittlichkeitsbegriffe sind's. Es gibt — zumal in zurückgebliebenen ländlichen Bezirken — eine naive Verderbtheit, die sich selber für das schlechthin Natürliche hält. Und es gibt, den jedem Nationalökonomen bekannten „Bedürfnisverschiebungen" vergleichbar, Verschiebungen auch in unseren moralischen Anschauungen. Weniger umständlich ausgedrückt: mit der Zunahme der erwerbenden Frauen haben in manchen Schichten die Anforderungen, die man an die in die Ehe tretenden stellt, abgenommen. Es steht nicht mehr ganz so wie zu Meister Antons Zeiten, daß über gewisse Dinge „kein Mann hinwegkommt." Es kommen sehr viele über sie hinweg.

Aber auch, wenn man sich vor Verallgemeinerungen und falscher Prüderie hütet und an sich durchaus dazu neigt, das Weitgetriebe mit Augen, die begreifen und verzeihen wollen, anzusehen, wird man doch sagen müssen: unser Volk ist sittlich gefährdet. Wenigstens unser Großstadtvolk ist's. Wir hören ja neuerdings von allerlei verstiegenen Leuten, daß wir bei den Schuljungen in die Lehre gehen müßten, um uns mit den großen Problemen des Daseins abzufinden. Von solchem Standpunkt mag es vielleicht in der Ordnung sein, daß, wie das leider in Berlin der Fall ist, nahezu jeder vierzehnjährige Laufjunge seine „Braut" hat, mit der er Sonntags auf den Tanz geht; daß Abend für Abend Arbeitsburschen und Lehrmädchen, die doch wieder früh heraus müssen, sich bis Mitternacht zwischen den Greueln der sogenannten Rummelplätze herumhetzen. Wer altmodischer empfindet, den jammert des Volks. Der sieht mit Entsetzen, wie hier ein Geschlecht heranwächst, dem der Begriff der Ehrfurcht fremd wurde; das, in allen Lüsten früh erfahren und dennoch im tiefsten Grunde unreif, keinerlei göttliche und irdische Autorität mehr über sich anerkennt und nur noch von derber Genußgier sich auf des Lebens Pilgrimschaft beraten läßt. Von hier aus droht unserem Volke die Gefahr der dauernden Zerklüftung in die Disraelischen „two nations". Gefährdet ist — zumal in den Großstädten — ja auch die Jugend der höheren Stände. Aber sie ist zugleich doch auch mehr geschützt. Die elterliche Gewalt ist stärker, schon weil man bis weit in die Zwanzig hinein von der Eltern Portemonnaie und gutem Willen abhängig bleibt. Und dann leiht doch auch die höhere Bildung selbst dem Gestrauchelten die Möglichkeit, sich eher wieder zurecht zu finden und von neuem sich aufzurichten. Schon mancher, der als Student dicht am Verbummeln war, hat hinterher noch Ansehnliches leisten gelernt. Das alles fehlt in den breiten Massen und darum würde, wer diese Halbflüggen, die ja nicht schlecht sind, die es aber unter den Einflüssen (das Wort ist so scheußlich, wie die Sache selbst), des „großen Betriebs" von heute werden können, bei der Hand nähme und sie in den Jahren, da sie am leichtesten zu erliegen vermögen, über alle Fährnisse hinwegführte, sich Gottes Lohn verdienen.

Ob zu solchem Werke der etwas dürftige Entwurf über die Schaufensterauslagen genügen wird, kann freilich zweifelhaft erscheinen. Indes mag man ihn als einen ersten Versuch, wenigstens einmal Hand anzulegen, immerhin willkommen heißen.

Skeptischer wird man sich zu den Versuchen stellen, Groß-Berlin von Polizei wegen zu versittlichen. Gewiß, das Berliner Nachtleben ist berühmt oder auch berüchtigt (wie man will) und es ist auch vom Uebel. Hauptsächlich, weil es in Berlin den dauernden, bis sechs, mitunter auch vor acht Uhr früh nicht aussetzenden Nachtrummel gibt. Im übrigen — wer nicht vom Hörensagen redet, sondern sich Mühe gab, durch eigenen Augenschein die Dinge kennen zu lernen — ist es nicht schlechter als anderswo. Eine kleine harmlose Maßregel, die Festsetzung der Polizeistunde sagen wir auf vier Uhr morgens, von der nur ein paar ernsthafte Cafehäuser und Bahnhofrestaurants auszunehmen wären, würde sogar allen wesentlichen Beschwerden abhelfen. Wer aber meint, er könnte durch eine allzufrühe Anberaumung der Polizeistunde die Leute in einer Millionenstadt schon um 11 Uhr ins Bett scheuchen, kennt die menschliche Natur schlecht, oder aber er ist ein Heuchler. Wir haben ja diese frühen Polizeistunden in London, und wir haben sie, dank dem letzten klerikalen Ministerium, auch in Holland. Der Erfolg sind die Nachtklubs, die unschöner, aber dafür auch erheblich eindeutiger sind, als alle Berliner Nachtbars zusammen. Im Haag wird man aus den besten Lokalen der Stadt um ¼1 Uhr vertrieben. Wer sich aber einem kundigen Kutscher anvertraut, kann im Laufe der Nacht gegen Erledigung je eines Guldens noch in fünf bis sechs Nachtklubs wohlbestalltes Mitglied werden. Im übrigen vergesse man nicht: überall da, wo man eine frühe Polizeistunde einführte, besteht als Ergänzung das Institut der Klubs, wohlverstanden der anständigen, aber ausdauernden Klubs. In Berlin aber pflegt in den Klubs, wo nicht gerade gespielt wird, um die mitternächtige Stunde kaum noch ein Gast zu sein. Woraus sich wieder einmal ergibt, daß sich in diesen Dingen nicht generalisieren läßt . . .

Die Beisetzung der Prinzessin Wilhelm v. Baden.

Die Ueberführung der Leiche der Prinzessin Wilhelm von Baden nach dem Bahnhofe in Karlsruhe und von dort nach Baden-Baden fand am Freitag mittag 1 Uhr statt. Hinter dem sechsspännigen, mit kostbaren Kranzspenden geschmückten Leichenwagen schritten Prinz Max von Baden, der Großherzog, der Herzog von Anhalt mit Gefolge, die Abgesandten der fremden Fürstlichkeiten und das diplomatische Korps. Verschiedene Vereine bildeten Spalier. Die fürstlichen Damen hatten sich vom Palais direkt nach dem Bahnhofe begeben.

Der Extrazug mit den fürstlichen Leidtragenden und der Leiche der Prinzessin Wilhelm von Baden traf um 3 Uhr auf dem Hauptbahnhofe in Baden-Baden ein. Zum Empfange hatten sich der Großherzogliche Landeskommissär, der Amtsvorstand und der Oberbürgermeister von Baden-Baden eingefunden. Nachdem die Leiche auf den am Bahnhofe stehenden, wiederum mit sechs Pferden bespannten Leichenwagen gebracht worden war, setzte sich der Zug nach der Kapelle in der Lichtenthaler Allee in Bewegung. Die Straßen, die der Zug passierte, waren mit halbmast gehißten Fahnen und Traueremblemen geschmückt. Eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte auch hier den letzten Gang der in Baden-Baden sehr beliebten Fürstin mit ehrfurchtsvollem Schweigen. Nach Ankunft in der russischen Kapelle wurde der Sarg unter Vorantritt der Geistlichkeit vor den Altar gestellt. Die Kammerherren stellten sich zur Seite des Sarges auf, vor ihm der Trauermarschall sowie der die Orden der verstorbenen Prinzessin tragende Kammerherr. Nachmittags 4 Uhr fand in der von der verstorbenen Prinzessin Wilhelm von Baden seinerzeit dem Russischen Staate geschenkten russischen Kapelle ein feierlicher Gottesdienst statt, an dem die fürstlichen Anverwandten, das Großherzogspaar von Baden, das Prinzenpaar Max von Baden, Großherzogin Luise von Baden und das Herzogspaar von Anhalt nebst den Hochwürdenträgern, denen sich in Baden-Baden noch der frühere russische Gesandte Freiherr von Knotring anschloß, teilnahmen. Der Sarg wurde nach beendeter Trauerfeier von den Kammerherren in die an die Kapelle angebaute Gruft getragen und dort beigesetzt.

Politische Uebersicht

Der jüngste Zwischenfall in der Zweiten Kammer

regt zur Erörterung der Frage an, ob ein Abgeordneter Zitate aus Werken bedeutender Persönlichkeiten anführen darf, wenn Inhalt und Wortlaut des Zitats von irgend einem Teile der Volksvertretung als Verletzung empfunden werden können. Aus unserem Leserkreise erhalten wir folgende interessante Zuschrift, die einen ähnlichen Vorfall, der sich in der Zweiten Kammer ereignete, aus der Vergangenheit ins Gedächtnis zurückruft:

„Württembergs Bundestags-Gesandter, Freiherr von Wangenheim, hatte sich infolge seiner politischen Anschauungen und Absichten die Feindschaft der konservativen Vormächte im Bund zugezogen, und sie führten im Jahre 182[illegible] seinen Sturz herbei. Nun hatte er im besondern ihren Aerger erregt, indem er sich in der Bundesversammlung auf den berühmten Staatsrechtslehrer Klüber berief, mit dessen Ansichten jene Reaktionäre nicht einverstanden waren. Um dergleichen künftig vorzubeugen, bewirkten Oesterreich und Preußen in der Bundesversammlung am 11. Dezember 1823 den Beschluß, daß diese „in ihrer Mitte jenen neuen Bundeslehren und Theorien keine . . . Autorität gestatten und keiner Berufung auf selbe . . . Raum geben" werde, und daß es den Einzelstaaten anheimzustellen sei, „daß nicht auf ihren Schulen und Universitäten jene Lehren Eingang finden . . ." Treitschke sagt zu diesem „in der Geschichte der gesitteten Völker beispiellosen Beschluß": „Somit ward der Wissenschaft feierlich verboten, klärend und mäßigend einzuwirken . . . So frech hatte sich in diesem Gelehrtenvolk der Haß gegen die Bildung noch nicht hervorgewagt."

Haben etwa heute bestimmte Kreise die Absicht, jenem Beschluß ein würdiges Gegenstück zu schaffen, indem sie die Berufung auf große Gelehrte und Schriftsteller, die irgend verletzen könnte, aus jeder Erörterung verbannen wollen?"

Vom Wahlkampf in Borna-Pegau

erhalten wir folgende Zuschrift:

„Der Kandidat der nationalliberalen Partei, Landtagsabgeordneter Nitzschke, hat in den letzten Wochen eine so große Anzahl von Versammlungen in allen Teilen des Wahlkreises abgehalten, daß man sich überall von seiner Persönlichkeit und seiner politischen Auffassung ein eindrucksvolles Bild hat machen können. In fast allen diesen Versammlungen traten ihm Gegner gegenüber, da die Rechtsparteien einen großen Apparat aufgeboten haben, um den nationalliberalen Kandidaten zu bekämpfen. Nicht immer wurde dabei mit der wünschenswerten Sachlichkeit und Objektivität verfahren. Um so anerkennenswerter ist es daher, daß Abgeordneter Nitzschke auch in der Polemik nie die Grenzen überschritt, die einem aussichtsvollen Politiker im Verkehr mit Gegenrednern gezogen sind. Seine Ruhe und Ueberlegenheit sicherten ihm überall eine aufmerksame Zuhörerschaft und die Anerkennung seiner Gegner; sicherlich haben sie ihm auch zu den alten Anhängern eine große Anzahl von neuen hinzugeführt.

Ueber das Verhalten der Nationalliberalen in wirtschaftlichen Fragen sind in den ländlichen Bezirken zum Teil geradezu unglaubliche Ansichten verbreitet. So mußte Abg. Nitzschke sich mehrmals die Prophezeiung gefallen lassen, daß er gleich Hestermann aus der nationalliberalen Partei ausgeschlossen werden würde, wenn er wagen wollte, für die heutigen Schutzzölle einzutreten! Auf wen diese Irreführungen zurückgehen, ist nicht schwer zu erraten, wenn man weiß, daß verschiedene Agitatoren im Wahlkreise umherziehen und „Oeffentliche Versammlungen" abhalten, die in keinem Blatte angezeigt werden! — Um so erfreulicher ist es, daß die Landwirte sich zu den Nitzschke-Versammlungen stets in reichlicher Zahl einstellen und dem Redner gern und aufmerksam zuhören. Viele Anzeichen und Berichte lassen darauf schließen, daß die allzu „intensive" Arbeit der Konservativen auf dem Lande an der gesunden Urteilsfähigkeit unserer Landbewohner Schiffbruch leiden wird.

Daß Abg. Nitzschke den sozialdemokratischen Rednern mit Entschiedenheit entgegenzutreten weiß, wird wohl von keiner Seite bezweifelt werden. Hierin stehen ja die bürgerlichen Parteien Seite an Seite. Die Situation im 14. Reichstagswahlkreise ist jedenfalls derart, daß die Nitzschke-Anhänger dem 17. März mit großen Hoffnungen entgegengehen. Es wird und muß gelingen, den Kreis dem Bürgertum zu erhalten; hoffentlich aber auch, ihn für den Liberalismus zu erobern."

Zum Wahlkampf in Großschönau-Ebersbach

wird uns geschrieben:

„Der Wahlkampf im 2. ländlichen Landtagswahlkreise wird von den beiden liberalen Parteien für die nationalliberale Kandidatur Rückert mit ruhigem sachlichen Ernste und Nachdruck weitergeführt. In gutbesuchten Versammlungen stellte sich der Kandidat in den letzten Tagen den Wählern in Walddorf, Ebersbach und Seifhennersdorf vor. Ueberall fanden seine Ausführungen reichen Beifall. Gleichfalls mit starkem Beifall wurden belohnt die fortschrittlichen Redner, die mit warmen und überzeugenden Worten ihre Parteifreunde zur geschlossenen Stimmabgabe für Herrn Rückert aufforderten. Das waren in Walddorf Generalsekretär Ehrich, in Ebersbach Landtagsabgeordneter Schwager und in Seifhennersdorf Landtagsabgeordneter Brodauf. In Walddorf sprachen ferner der nationalliberale Parteisekretär Kröner und von der fortschrittlichen Volkspartei Postsekretär Wünsche aus Neugersdorf, der mit flammenden Worten für die Wahl Rückerts eintrat und seine Parteifreunde auch zur energischen Agitation für diesen Kandidaten aufforderte. Dasselbe tat für die fortschrittliche Volkspartei in Ebersbach noch Herr Hofrichter und in Seifhennersdorf Oberlehrer Zigen. Das Wahlbild zeigte auch in den genannten Versammlungen das einträchtige Zusammenarbeiten der beiden liberalen Parteien. Gehörig auseinandergenommen wurde von den fortschrittlichen Rednern in Walddorf ein Sozialdemokrat. Der war nämlich so ungenügend orientiert, daß er allen Ernstes die nationalliberale Partei für verschiedene Aeußerungen des konservativen Herrn Landtagsabgeordneten Geheimrat Opitz, des Vizepräsidenten der 1. Ständekammer, verantwortlich machen wollte. Die auch im „Leipziger Tageblatt" zurückgewiesenen Aeußerungen des offiziellen konservativen Parteiorgans, des „Vaterlandes", prallen nicht nur an den fortschrittlichen, sondern allem Anscheine nach an den konservativen Wählern des 2. Landtagswahlkreises ab. Man darf nämlich annehmen, daß auch die konservativen Wähler so ziemlich restlos für den nationalliberalen Kandidaten eintreten werden, um eben die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern."

Die Bündler und der Zolltarif von 1902.

Herr Dr. Diederich Hahn hat sich in der diesjährigen Zirkus-Busch-Versammlung des Bundes der Landwirte darüber beklagt, daß es immer noch so böse Menschen gibt, die die Haltung des Bundes der Landwirte beim Zolltarif von 1902 verlästern. „Als ob wir etwas Zweideutigeres gefordert hätten, als ob wir demagogisch aufgetreten wären! Weit gefehlt! . . . Das war eine taktische Maßregel damals im Kampfe für die Landwirtschaft." So Herr Hahn nach dem offiziellen stenographischen Bericht. So unangenehm es auch dem Bunde und seinem Direktor sein mag, die Wahrheit erfordert es, daß wir dem schwachen Gedächtnis der Ueberagrarier etwas aufhelfen.

Schon in den Jahren 1900 und 1901 drohte die „Deutsche Tageszeitung", die „königstreuen" Bauern würden für den Fall, daß die Forderungen des Bundes nicht erfüllt würden, „in das Lager der unbedingten grundsätzlichen Opposition übergehen". Es ist bekannt, welche Hetze dann der Bund nach Veröffentlichung des Tarifs im Juli 1901 gegen alle Parteien, die konservative nicht ausgenommen, sowie gegen die Regierung betrieb. Es ist die Zeit, da das Organ des Bundes der Landwirte den Satz prägte, daß „die Throne nur solange feststehen, als sie in dem gewachsenen Boden des Bauerntums und des Mittelstandes wurzeln". Im gleichen Sinne sprach Freiherr von Wangenheim auf der Bundesgeneralversammlung von 1912: „Es wäre furchtbar, wenn jemals das Vertrauen der deutschen Landwirtschaft aufhörte, daß unser Kaiser seine Bauern auch hören wird." Eine „taktische" Maßnahme leitet niemand mit derartigen echt demagogischen Drohungen ein. In Wirklichkeit ist es auch den Bündlern um alles andere, als um taktische Maßnahmen zu tun gewesen. Im Reichstag hat damals derselbe Herr Diederich Hahn, der jetzt den Harmlosen markiert, die „unheilvollen Folgen" des Zolltarifs nicht schwarz genug malen können. Da sagte er: „Der Antrag Kardorff wird in seinen weiteren Konsequenzen, da er keine guten Handelsverträge zuläßt, nur Millionäre und Proletarier züchten." Und in einer Erklärung an die Konservativen vom Dezember 1902 hieß es:

„Nicht wir, die wir gegen diesen Antrag Kardorff stimmen, „lassen das deutsche Vaterland in schwerer Stunde schmählich im Stich", wie vor einigen Tagen die „Kreuzzeitung" behauptet hat, sondern die tun es, die gegen ihre seit 16 Jahren selbst vertretene wirtschaftspolitische Ueberzeugung nun einer Regierungsvorlage zustimmen wollen, die eine dauernde Schwächung des Bauernstandes und des Mittelstandes in Stadt und Land bringen würde, und die . . . bei der heute schon so geschwächten wirtschaftlichen Lage des Bauernstandes auch in diesem einen Jahrzehnt das Schicksal des Bauernstandes für immer besiegeln würde."

Waren diese Prophezeiungen auch „taktische" Maßnahmen? Die angeführten Stimmen zeigen deutlich, daß die damalige Führung des Bundes nur das eine Ziel im Kopfe hatte: den Zolltarif zu Fall zu bringen. Verlangte doch auch die „Deutsche Tageszeitung" ausdrücklich, man solle das Gesetz zum Scheitern bringen, damit die Zollfrage die Wahlparole werde. Dabei war es kaum wahrscheinlich, daß ein neugewählter Reichstag auch nur den Tarif von 1902 bewilligen würde. Deshalb sagt auch Fürst Bülow in seiner „Deutschen Politik" mit Recht:

„Um unerreichbarer Vorteile willen wurde der erreichbare Nutzen aufs Spiel gesetzt. Der ganze Zolltarif, der bestimmt war, der Landwirtschaft aus langem Notstande zu helfen, sollte verworfen werden weil er nicht alles gab, was gefordert wurde. Man hat wohl gesagt, die Opposition des Bundes der Landwirte habe der Regierung gegenüber dem Auslande sowohl als auch gegenüber den Parteien den Rücken gestärkt und